

Vladimir V. Kusin, *From Dubček to Charta 77. A study of „normalisation“ in Czechoslovakia 1968—1978.*

Q Press, Edinburgh 1978, X + 363 S., £ 8.50.

Der zehnte Jahrestag des Prager Frühlings und der sowjetischen Invasion brachte außer einer reichen Ernte an Gelegenheitspublizistik und einigen historischen Büchern, gewidmet der tschechoslowakischen „unterbrochenen Revolution“ (um sich der von H. G. Skilling in seinem monumentalen Werk aus dem Jahre 1976 geprägten Charakteristik zu bedienen), auch die erste große historisch-politologische Studie über zehn Jahre Entwicklung in der Tschechoslowakei nach dem August 1968. (Es sei bemerkt, daß es sich um die zehn „längsten“ und am meisten in eisiger Erstarrung befindlichen Jahre der Nachkriegsgeschichte des Landes handelt; das Regime wurde zum Gefangenen der Lage, die es unter direkter Aufsicht und Kontrolle der Sowjetunion selbst schuf; es wagte keines der überfälligen Probleme des Landes zu lösen, um die zerbrechliche Konstruktion der Normalisierung nicht zu gefährden. Die Geschichte der zurückliegenden zehn Jahre der Tschechoslowakei enthält allerdings gleichzeitig eine wichtige Aussage über die Erstarrung des „realen Sozialismus“ in der Breschnew-Ära.)

Wenn ich von einer großen Studie spreche, so habe ich nicht nur den Seitenumfang des besprochenen Buches im Sinne, das breite Spektrum der darin angesprochenen Problematik, den Umfang und die Bearbeitung der erforschten Dokumentation und die Ambition des Autors, dem Leser mehr als Informationen eines Eingeweihten zu bieten, sondern auch das Ergebnis dieses schwierigen Versuches. Damit kein Mißverständnis durch meine späteren kritischen Bemerkungen entsteht, möchte ich gleich am Anfang eindeutig feststellen, daß es sich um ein ausgezeichnetes Werk handelt; es ist nur zu hoffen, daß es bald auch als deutsche Übersetzung der breiteren interessierten deutschsprachigen Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Den Leser überrascht nicht nur, wie geschickt der Verfasser das ganze zugängliche Quellenmaterial ausgeschöpft hat, und zwar von der offiziellen tschechoslowakischen Presse und den statistischen Handbüchern über die Dokumentation, die verschiedene Forschungs- und Informationszentren im Westen ansammeln, bis zur Exilpresse. Die Stärke des Autors liegt auch in der Kunst, Fragen zu stellen und auf der Suche nach Antworten nicht nur das ganze Register seiner deduktiven Fähigkeiten zu benutzen, sondern auch die einzelnen Fakten, scheinbar unwichtige Einzelheiten, in Betracht zu ziehen, die bisher der Aufmerksamkeit anderer Forscher entgingen. (Zum Beispiel bei der detaillierten Rekonstruktion des vermutlichen ursprünglichen sowjetischen Plans am Ausgangspunkt der militärischen Intervention.)

Kusin, international bekannt, zumindest mit zwei bedeutsamen Büchern über den Prager Frühling, hat den Stoff seiner vorliegenden Studie, die als chronologisch-thematische Analyse konzipiert ist, in vier große Abschnitte unterteilt. *In dem ersten Teil* (Intervention und Kompromiß, August 1968 bis April 1969) fesselt den Leser in erster Linie die eingehende Schilderung des Verwirklichungsprozesses des sowjetischen Plans, die Reformbewegung aufzuhalten und die Voraussetzungen für eine spätere politische Konterreformation zu bilden. Auf die scheinbare Kontinuität der Entwicklung nach dem August 1968 mit der vor August hinweisend, zeigt Kusin

überzeugend, daß die Politik, die Dubček nach der Unterzeichnung des Moskauer Protokolls trieb, in Wirklichkeit die Politik Moskaus war. Obwohl bona fide, half diese Politik Dubčeks, die breiten Bevölkerungsmassen, die am 21. August 1968 von einer sozialpolitischen und nationalen Aktion mitgerissen wurden, zu pazifizieren; sie ermöglichte es, unter dem sowjetischen Druck, hinter Dubčeks Rücken und teilweise sogar vor seinen Augen in der Parteiführung und auch an der Parteiperipherie einen Antidubčekblock zu bilden, der dann allmählich die Macht übernahm und im Laufe von zwei weiteren Jahren in der gesamten Gesellschaft von oben bis unten die Rückkehr zur vorreformatorischen Normalität durchsetzen sollte.

*Der zweite Teil* (Bereinigung und Konsolidierung, April 1969 bis Mai 1971) ist dem eigentlichen Prozeß der Normalisierung gewidmet, die der Autor definiert als „Restaurierung des autoritativen Regimes unter den Bedingungen des Postinterventionsmangels an natürlicher Legitimität, die Restaurierung, die unter der direkten Aufsicht einer herrschenden ausländischen Macht durchgeführt wird, die sich alle Vorrechte des höchsten Schiedsrichters vorbehält, es jedoch vorzieht, mittels ihrer einheimischen Agenten zu arbeiten“ (S. 145). Kusin charakterisiert auch zwei Ziele der Normalisierung, und zwar „den Reformismus als politische Kraft zu beseitigen und das neue, auf den alten Vorreformationsgrundsätzen beruhende Regime zu legitimieren“. In mehreren Kapiteln schildert er ausführlich unter Heranziehung aller zur Verfügung stehenden sowohl statistischen als auch personellen Angaben, wie in der Partei und in allen Bereichen des Staats- und Volkswirtschaftsapparats, in den Massenmedien, im Schul- und Erziehungswesen etc. innerhalb der politischen Säuberungen etappenweise insbesondere das erste vorgenommene Ziel der Normalisierung verwirklicht und dabei die politische und kulturelle Infrastruktur, die noch bis April 1969 als Bestandteil des Establishments Träger der Erosion und Destruktion des Totalitarismus war, liquidiert wurde.

*Der dritte, umfangreichste Teil* (Prozesse, Irrtümer und Leistungen, 1971—1976) ist thematisch am vielseitigsten. Ein einleitendes Kapitel stellt den erfolglosen Versuch der Bildung einer organisierten „semi-kommunistischen“ Opposition auf der Basis des modifizierten programmatischen Vermächtnisses der Reformbewegung 1968 dar und widmet sich der Serie von politischen Prozessen im Sommer 1972. Dann werden in mehreren Kapiteln mit größter Sorgfalt alle Lebenssphären in der normalisierten Tschechoslowakei vom Standpunkt des zweiten, legitimisierenden Ziels analysiert. Kusins Analyse bestätigt die Feststellung, die diesen Kapiteln voransteht: Das Regime wurde zum Gefangenen der Gegensätze, die die Normalisierung sowie die Art ihrer Durchführung schuf, und war nicht imstande, sich auf die eigentlichen künftigen Probleme zu konzentrieren, um die politische und latente ökonomische Stagnation zu beseitigen. Statt dessen herrschten weiterhin „die ideologische Aggressivität, Polizeimacht und die gesellschaftliche Auseinandersetzung zwischen der Partei und dem Volk, wonach ein erhöhter Konsumanteil der Preis für die politische Zustimmung war“ (S. 179; zu letzterem später), vor.

Schade, daß *der vierte Teil* von Kusins Buch (Weg der Charta, 1971—1978) der analytischen Vielseitigkeit, die die vorangegangenen drei Teile auszeichnet, entbehrt. Zwar ist auch hier die Schilderung zweifelsohne äußerst informativ; in kurzen

Kapiteln (Leiden des Dissents, Menschenrechte, Eurokommunismus) ist der Verfasser bemüht, breitere historische Zusammenhänge als Grundlage und Hintergrund, auf denen die Charta 77 als eine Erklärung, Petition, Deklaration der Absichten und zugleich als eine Bewegung auftauchte, zu skizzieren. Auch das der Charta 77 direkt gewidmete Kapitel faßt alle grundsätzlichen Angaben und viele Einzelheiten sowohl über die ersten neun Monate der Existenz der Charta als auch über den Hintergrund und Verlauf der vom Regime betriebenen Anti-Charta Kampagne zusammen. Doch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob die Charta 77 trotz aller Bemühungen des Autors in seiner Schilderung in der Luft hänge.

Vor allem ist es ihm meines Erachtens nicht gelungen, die Entstehung der Charta 77 auch als Ergebnis und Folge des menschlichen und politischen Reifens und der Umwandlung, die die heterogene Schicht von aktiven Opponenten der Normalisierung durchlief, und der Erfahrungen, die sie im Laufe der schweren Normalisierungsjahre durchmachte, deutlich zu machen. Kusins Arbeit bringt zwar in entsprechenden Kapiteln chronologisch alle sorgfältig überprüften Angaben und Beschreibungen über verschiedenartige oppositionelle Aktivitäten usw., seine Auffassung ist jedoch eher statisch, nicht dynamisch; stellenweise fehlt ihm das Gefühl für richtige Zusammenhänge oder die Angaben sind zu sehr in verschiedenen Kapiteln verstreut und werden nicht zu einer eingehenden Analyse auf einer Stelle konzentriert.

Was die Charta 77 an sich betrifft, sind zumindest zwei wichtige Umstände dem Verfasser entgangen: Erstens die Bedeutung der gemeinsamen Aktionen zur Verteidigung der unter Arrest und Anklage stehenden Mitglieder von zwei Gruppen der „underground-culture“ im Jahre 1976; im Verlaufe dieser Aktionen kam es zur Annäherung der aus verschiedenem weltanschaulichen, politischen und sozialen Milieu unterschiedlichen Generationen stammenden Regimekritiker, Opponenten und Oppositionellen; dabei entstand die Solidarität, die zu einer der tragenden Kräfte der Aktivität der Charta 77 wurde. Zweitens handelt es sich um die Tatsache, daß die Charta und mit ihr die ganze demokratische Opposition auch zur Sache von jungen Leuten wurde. Die Konfrontation des Regimes mit der Charta 77 im Frühling 1977 brachte insbesondere einen markanten Zustrom von Signataren aus der jüngeren und jüngsten Generation, die seither die Gestalt der Charta 77 mitprägen.

Wohl erscheint die Charta 77 dem Autor als Phänomen zu ephemere und entspricht nicht seiner Orientierung auf reale politische Kräfte (wie sie sich in seiner Schlußbetrachtung über die Aussichten, wie die Tschechoslowakei wieder zu einem Reformland werden könnte, manifestiert). Das mag der Grund dafür sein, daß er die bereits publizierten Ansichten ganz außer Betracht läßt, nämlich daß die Charta zum Keim und Anfang eines langfristigen demokratischen Erneuerungsprozesses, zur Schule der Demokratie, zum Sammelpunkt, auf dem sich in einer gemeinsamen Aktivität und Tätigkeit Menschen aus verschiedenen politischen und weltanschaulichen Richtungen, sozialen Schichten und Generationen treffen und auseinandersetzen, zum Katalysator von verschiedenen Bürgerinitiativen und -aktivitäten (der sog. parallelen Kultur, dem inoffiziellen Bildungswesen, dem inoffi-

ziellen Informationssystem auf der Basis von Samisdat etc.), sogar zum Keim von neuen demokratischen Strukturen werden könnte.

Hoffentlich tue ich dem Verfasser kein Unrecht, wenn ich feststelle, daß sich ein gewisser Mangel an Aufmerksamkeit für „ephemere“ sozialpsychologische Prozesse auch an manchen anderen Stellen seiner Arbeit bemerkbar macht; u. a. bei der Suche nach Antwort auf die Frage, warum sich die Mehrheit der Bevölkerung der Normalisierungslösung angepaßt hat, warum sie den Weg einer formalen Loyalität dem Regime gegenüber ging, sich depolitisieren und passivieren ließ. Kusun bietet in der Formulierung über den gesellschaftlichen Kontrakt eine eindeutige Antwort, die ich bereits zitiert habe und die klar impliziert, daß die Mehrheit des Volkes dem materiellen Wohlstand den „zweifelhaften“ ideellen Werten vorgezogen habe.

Anders als Kusun und einige andere Autoren glaube ich, daß die Ebbe der Aktivität und Solidarität der Bevölkerungsmasse keinesfalls als Folge eines berechnenden Kalküls („Etwas“ für „Etwas“) anzusehen ist. Ich bin der Meinung, von anderen Gründen jetzt abgesehen (wie z. B. der Nichtexistenz anderer als von der kommunistischen Partei abhängiger organisatorischer Strukturen), daß das, was im großen und ganzen „Anpassung“ genannt wird, als die Folge einer tiefen Enttäuschung anzusehen ist, an deren Anfang die kleinmütige, wohl sogar kapitulierende Politik der Führer des Prager Frühlings stand. Die Solidarität der Massen und der Widerstandswille vom August 1968 wurden Schritt um Schritt zerstückelt und die Mehrheit der Bevölkerung mit dem Bewußtsein einer Ausweglosigkeit geimpft, gerade in den ersten Wochen und Monaten nach Unterzeichnung des Moskauer Protokolls. Die „Realpolitik“ der Reformrepräsentanz markierte den Weg, auf dem der „realpolitische“ Ausweg für den berüchtigten „Mann von der Straße“ in seinem Alltag führen durfte.

Die Kräfte für die Restaurierung der totalen Macht formierten sich vor den Augen der traumatisierten, von den „nationalen Helden“ desorientierten und schrittweise pazifizierten Bevölkerung, deren ursprünglicher Solidaritätsaufruf „Wir sind mit euch, seid mit uns!“ immer mehr wie ein verzweifelter, mahnender Aufschrei klang und zuletzt, kein oder zu wenig Echo findend, verhallte. Moskau benötigte Dubček (wie es später für die Durchführung der Normalisierung gerade einen Mann wie Husák benötigte und keinen anderen brauchen konnte) und die anderen Nationalhelden — das hat es spätestens 48 Stunden nach Beginn der Invasion begriffen — zur Überwindung der kritischsten Übergangsphase, um eine legitime Wiederherstellung der Ordnung vorzubereiten. Sie taten bona fide mit, in der Überzeugung, es gäbe keinen anderen Weg, jedoch mit einer bewundernswerten politischen Blindheit, in der sich die Tradition der tschechischen Politik vollkommen widerspiegelt.

Enttäuschung, Ekel und die Erkenntnis der Ausweglosigkeit der breiten Massen, das war die sozialpsychologische Bedingung, um die Ordnung wiederherzustellen und das autoritäre Regime ohne massenhafte Konflikte zu restaurieren. Um diese Ordnung auch zu erhalten, mußte der Bevölkerung eine Lehre erteilt werden und diese mußte sie weiterhin tagtäglich vor Augen haben. Die massenhaften Säuberungen hatten nicht nur die Beseitigung des Reformismus als politischer Kraft zum

Ziel, wie bereits erwähnt; die gleichzeitig ausgeübte Gewalt an einer ausgewählten Bevölkerungsgruppe, insbesondere der Intelligenz, aber nicht nur an ihr, stellte eine anschauliche Lektion für die Masse der Bevölkerung dar. Dies war keine überflüssige Ausschreitung oder Folge einer angeblichen Unfähigkeit Husáks, dem Druck der „Falken“ rechtzeitig und geschickt Widerstand zu leisten, es war eine der logischsten und unabdingbarsten Maßnahmen der Normalisierung, die zu Recht mit Husáks Namen in die Geschichte eingehen wird.

Die Möglichkeit, aus der Normalisierung zu profitieren und sich das Engagement im Dienst des normalisierten Regimes reichlich bezahlen zu lassen, bot sich nicht der Masse der Bevölkerung, sondern nur der sich neu strukturierenden Elite im Bereich des Partei-, Macht- und Verwaltungsapparats, in den Massenmedien, der Wissenschaft und der Kultur. Was die große Masse betrifft, so handelte es sich nicht um die „Herausgabe der Grundrechte für ein Linsengericht“, sondern nur um die Angst, auch das Wenige an sozialer Sicherheit, was der reale Sozialismus bieten kann, in Frage zu stellen oder zu verlieren und über Nacht mit der ganzen Familie sozial degradiert zu werden.